

Debatte

Streitfrage: Braucht die Bundesrepublik VEB in neuer Form?

Unternehmen müssen demokratisiert werden

Von Heinz-J. Bontrup

Die Finanz- und Weltwirtschaftskrise treibt seltsame Stilblüten. So fordern seit ein paar Monaten neoliberale Ökonomen und Politiker Verstaatlichungen von Banken sowie den staatlichen Einstieg bei produzierenden Unternehmen. Diese weltweit agierenden Opportunisten, die uns letztlich die Krise mit ihren Umverteilungsorgien von unten nach oben und ihren Privatisierungen eingebracht haben, sind aber in Wirklichkeit weiter Marktradikale und warten bereits auf ihren neuen (alten) gesellschaftszerstörenden Auftritt. Die gerade von der schwarz-rosaroten Bundesregierung geplante »Schuldenbremse« zur Eindämmung der Staatsverschuldung ist bereits ein erster Vorbote. Lediglich das Unvermögen des kapitalistischen Marktes, einen eigenständigen Ausweg aus der tiefen Wirtschaftskrise zu zeigen, sowie der womöglich drohende Kollaps des ganzen Systems veranlassen Neoliberale – wenn auch widerwillig –, staatliche Konjunkturprogramme aufzulegen und nach Verstaatlichungen von Unternehmen zu rufen.



Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup, 1953 geboren, lehrt Betriebswirtschaft mit dem Schwerpunkt Arbeitsökonomie an der FH Gelsenkirchen. Er war Personalvorstand der Stahlwerke Bochum AG (Tochter des Thyssenkonzerns) und ist Vertrauensdozent der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Außerdem ist Heinz-J. Bontrup Autor sowie Herausgeber der Memoranden der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, die jährlich im PapyRossa Verlag erscheinen.

Mit Verstaatlichung oder mit »Volkseigenen Betrieben« (VEB) ist es aber nicht getan. Dies zeigt nicht nur der Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus, sondern auch das massive Fehlverhalten und Versagen von Unternehmen im öffentlichen Eigentum. Dies gilt sowohl für Landesbanken oder auch unter anderem für Energieunternehmen, wo viele Betriebe sich im Staatsbesitz befinden und dennoch ausschließlich eine profitorientierte Politik gegen Kunden, Beschäftigte und Umwelt fahren.

Der Grund dafür ist schnell ausgemacht. Es fehlt auch in Staatsunternehmen eine Demokratisierung der ökonomischen Verhältnisse. Die Produzenten, die abhängig Beschäftigten, in den privaten und staatlichen Unternehmen können weder beim Einsatz von Privat- oder Staatskapital im Hinblick auf ihre Produktionsbedingungen mitbestimmen, noch sind sie Eigentümer der von ihnen hergestellten Produkte. Sie erhalten lediglich von der generierten Wertschöpfung einen Reproduktionslohn und nicht den im Mehrwert neben Zinsen, Mieten und Pachten enthaltenen Profit. Dadurch werden die abhängig Beschäftigten zu einer Ware degradiert, egal ob sie in einem Privat- oder Staatsunternehmen beschäftigt sind.

Was ist deshalb zu tun? Zunächst einmal muss ins gesellschaftliche Bewusstsein, dass nur der arbeitende Mensch in der Lage ist, einen Mehrwert zu schaffen. Sächliches Kapital oder Geldkapital dagegen »arbeiten« nicht. Es gibt kaum einen bornierteren Spruch wie den Werbeslogan von Banken »Wir lassen ihr Geld für sie arbeiten«. Geld als auch Maschinen oder Gebäude schaffen ohne den arbeitenden Menschen kein Neu-, geschweige denn ein Überschussprodukt. Wenn wenigstens diese ökonomische Binsenweisheit in den Köpfen der Menschen wäre, hätte es wohl kaum die Finanzmarktkrise mit ihren mystifizierenden, aber letztlich natürlich nur »toxischen Geldprodukten« gegeben.

Wir können nicht reicher werden ohne menschliche Arbeit, die deshalb auch in den Mittelpunkt allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehens gestellt werden muss. Dies findet aber nicht statt. In der dominanten kapitalistischen Welt herrscht einseitig das private und pervertierte staatliche Kapital. Es bestimmt über ein »Investitionsmonopol« (Erich Preiser) den Produktionsstandort und die -bedingungen der Ware Arbeitskraft bzw. ihre Verwertung sowie die Verteilung der von ihr geschaffenen Wertschöpfung auf Lohn und Mehrwert. Soll dies verändert werden, so sind zwei grundlegende systemische Veränderungen notwendig. Erstens muss die Mitbestimmung in den Unternehmen, ob in privaten oder staatlichen Betrieben, in Form einer rechtlichen Gleichstellung zwischen Kapital und Arbeit ausgebaut werden.

„Geld als auch Maschinen oder Gebäude schaffen ohne den arbeitenden Menschen kein Neu-, geschweige denn ein Überschussprodukt.“

Das, was heute an Mitbestimmungsgesetzen vorliegt, ist absolut nicht hinreichend. Rechtliche Gleichstellung heißt Parität zwischen Kapital und Arbeit. Hierbei auftretende Pattsituationen sind von einer neutralen Person, auf die sich beide Seiten verständigen müssen, aufzulösen. In allen Unternehmen, die der öffentlichen Daseinsfürsorge unterliegen, wie zum Beispiel Energie-, Verkehrs- oder Gesundheitsunternehmen, müssen auch externe, dem Gemeinwohl verpflichtete Interessenvertreter mitbestimmen können.

Mitbestimmung allein reicht aber nicht aus. Was nutzt die beste paritätische Mitbestimmung, wenn das Kapital abgezogen und einer anderen Verwendungsrichtung zugänglich gemacht oder staatliches Eigentum privatisiert wird? Neben dem Tatbestand, dass nur die arbeitenden Menschen mehrwertschaffend sind, müssen sie trotz Mitbestimmung auch an den Überschussprodukten ihrer Arbeit beteiligt werden.

Nur wenn Beschäftigte über Miteigentum verfügen, ist das »Investitionsmonopol« des Kapitals aufbrechbar und sie bleiben keine »Habenichtse«. Zwar können sie bei steigenden produktivitätsorientierten Löhnen mehr konsumieren, auch für langlebige Konsumgüter sparen, dringen aber nie in den entscheidenden Investitionssektor ein. Sie bleiben »Gefangene« des Konsumgütersektors. Daher gehört dringend auf die politische Agenda eine gesetzlich vorgeschriebene Gewinn- und Kapitalbeteiligung von abhängig Beschäftigten – auch in Staatsunternehmen. Auch hier erarbeiten die Menschen den Mehrwert. Was die Bundesregierung diesbezüglich gerade mit dem »Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz« verabschiedet hat, spottet dagegen jeder Beschreibung.

Paritätische Mitbestimmung und Eigentumsbeteiligung der Beschäftigten sind aber trotz dieser einzelwirtschaftlichen Demokratisierung weiter in den Gesetzen des Marktes eingebunden. Den Markt abschaffen zu wollen, ist allenfalls ökonomisch naiv. Man darf ihn nur nicht, wie dies Neoliberale unverantwortlich fordern, sich selbst überlassen. Hier ist der demokratische Staat gefordert. Er muss den Markt kontrollieren und aussteuern. Dies gilt sowohl für die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfunktion als auch für die Beherrschung der nicht abschaffbaren konjunkturellen Zyklen sowie für eine gerechte Steuer- und Sozialpolitik.